

Forschungsbericht

HANS HERZFELD

INTERNATIONALER KONGRESS FÜR ZEITGESCHICHTE

München 24.—27. XI. 1959

Ein Rechenschaftsversuch

Der wissenschaftliche Kongreß ist auch in der Gegenwart ein ebenso unentbehrliches wie belastetes Instrument geblieben. Er soll nach wie vor der Selbstverständigung der Wissenschaft dienen, ist aber, bald leicht verschleiert, bald in voller Offenheit, auch zu einem notwendigen Hilfsmittel geworden, um den Kontakt zwischen der Wissenschaft und der für ihre Wirksamkeit unentbehrlichen breiteren Öffentlichkeit herzustellen. Diese Öffentlichkeit bedeutet für sie Belastung und selbst Gefährdung oder wenigstens erschwerende Verzögerung ihrer eigentlich produktiven Arbeit; ihre Resonanz kann aber auch als kritische Kontrolle des Geleisteten nützlich sein und einer zu bedenklicher Selbsttäuschung über das Erreichte führenden Genügsamkeit der Studierstube entgegenwirken, in der sich die gelehrte Arbeit zum ausschließlichen Selbstzweck wird, indem sie unbenutzte Foliantenberge auftürmt, die schließlich nicht einmal der Fachmann mehr produktiv bewältigt. In einer Epoche der Demokratie und zugleich der kostspielig gewordenen Spezialarbeit in großer Breite können weder der Idealismus des Mäzens und des einzelnen Forschers, noch die Amtsstuben der Regierungen die lebensfähige Fortentwicklung der Wissenschaft allein tragen. Sie kann sich der Forderung des Rechenschaftsberichtes nicht einfach entziehen, an dessen Echo sie abzumessen vermag, ob ihre Ergebnisse noch oder schon den sie rechtfertigenden Gehalt lebendigen Lebens besitzen. Denn dieser allein kann sie vor jener bedenklichen Blutstockung schützen, die immer wieder droht, wenn Kontinuität und Tradition, gewiß unentbehrliche Kräfte in der methodisch betriebenen Wissenschaft, allzu ausschließlich ihren Fortgang bestimmen.

Die Münchener Veranstaltung des November 1959 hat stattgefunden, ehe die erregten Debatten des Jahres 1960 die Arbeit der Zeitgeschichte in Deutschland überraschten und in das grelle Lampenlicht des öffentlichen Interesses und zum Teil sogar der Sensation rückten, über dessen Ergebnisse – unleugbare Befruchtung jenes Interesses, Beseitigung bisher hemmender Schwierigkeiten für ihre Breitenwirkung in Schule und Erwachsenenbildung, aber auch eine gelegentlich Bedenken erweckende Überhitzung des Tempos – sich ein Urteil erst in einiger Zeit bilden lassen wird. München stellte zum Teil einen Appell gegen die unleugbare Apathie und das skeptische Mißtrauen dar, die vor diesen Ereignissen oft genug der gerade in Deutschland zu fordernden Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte hemmend im Wege standen. Dies Motiv bestimmte die äußere Form der vom

Kulturreferat der Landeshauptstadt München, der Münchener Volkshochschule e.V. und dem Institut für Zeitgeschichte gemeinsam veranstalteten Tagung: die Verbindung einer sparsam bemessenen Anzahl repräsentativer Vorträge mit einer Diskussion, die einer begrenzten Anzahl von deutschen und ausländischen Vertretern der wissenschaftlichen Zeitgeschichte, einer stattlichen Gruppe von Repräsentanten des öffentlichen Lebens, Politikern und führenden Beamten der behandelten Epoche selbst wie der Gegenwart, aber auch maßgebenden Schulmännern vorbehalten war. Das Publikum, das sich durch vier Tage in der Aula der Münchener Universität, erfreulicherweise in steigender Zahl, versammelte, blieb dadurch allerdings zur Passivität verurteilt. Sein lebhafter Anteil wurde immer wieder im Gespräch deutlich, kam aber auch in dem verhältnismäßig breiten Echo der Presse weit über München hinaus zum Ausdruck.

Alles in allem genommen, konnte auch bei vorsichtiger Beobachtung festgestellt werden, daß die Absicht des Interesse und Anteil weckenden Appells erfüllt wurde. Vor allem das Münchener Institut für Zeitgeschichte, dessen Mitarbeiter in Anregung, Vorbereitung und Durchführung der Tagung hingebende Arbeit geleistet hatten, konnte den Verlauf des Kongresses als eine wohlverdiente Anerkennung und Bestätigung seiner manchmal unterschätzten, geduldigen Anstrengungen buchen. Ebenso deutlich sind aber natürlich auch die Schwierigkeiten, die sich dem Unterfangen entgegenstellten, eine wissenschaftliche Auseinandersetzung von Qualität bewußt vor breitester Öffentlichkeit sich abspielen zu lassen, Gehalt und Ergebnis der Spitzenreferate der improvisierten, keineswegs gelenkten Diskussion einer im Grunde heterogenen Gruppe von Fachleuten, von Zeugen der behandelten Ereignisse, Kritikern wie Freunden der Zeitgeschichte zu unterbreiten. Die Hoffnung, dadurch die Atmosphäre der Lebendigkeit greifbar zu machen, in der sich die Arbeit der Zeitgeschichte bewegt, hat jedoch bei Schwächen im einzelnen – die auch hier gelegentlich mit der leidigen Neigung zusammenhingen, sich statt echter Diskussion in Monologe über die Bedeutsamkeit der eigenen Interessen zu verlieren – nicht getragen. Zu der Konfrontierung ausländischer und deutscher, älterer und jüngerer Wissenschaftler kamen markante Diskussionsbeiträge von Wilhelm Hoegner, Max Güde, und am letzten Tage noch durch den Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier. Kritische Stimmen der Presse vermißten zwar – wie eigentlich stets bei Veranstaltungen der Wissenschaft – das handfeste, konkrete Ergebnis im einzelnen und meinten, daß eine „zarte, graue Wolke über dem Raum“ gelegen habe (Die Welt; 30. XI.). Aber man wird dieser Kritik doch entgegenhalten können, daß dies unvermeidlich war, weil die Zeitgeschichte, wie jede andere geisteswissenschaftliche Arbeit, nun einmal eine „permanente, nie definitiv zu lösende Aufgabe“ (R. Aron) stellt.

Bei der unbegrenzten Weite des Arbeitsfeldes mußte alles davon abhängen, daß der für die Tagung gewählte Ausschnitt genügende Repräsentanz für das Ganze ihres Arbeitsgebietes und zugleich genügende Anziehungskraft für jene Mehrzahl der Zuhörer besaß, die zwar durch persönliches Interesse, aber nicht durch systematische Vorbereitung auf die Gesamtproblematik der Zeitgeschichte zum Kommen

bestimmt waren. Die durch häufigen Gebrauch bedenklich zum Schlagwort werdende Formel von der Bewältigung der jüngsten deutschen Geschichte besitzt jedenfalls insofern ihre Gültigkeit, als bei einer solchen Diskussion auf deutschem Boden noch immer die Probleme der nationalsozialistischen Tragödie im Mittelpunkt stehen, wie dies auch durch die führende Rolle des Instituts für Zeitgeschichte natürlich gegeben war. Ebenso wichtig war es aber, daß man sich damit in München nicht begnügt, sondern in dem Beitrag des Soziologen Raymond Aron dafür gesorgt hatte, die Brücke von der Vergangenheit zur Gegenwart nicht nur unter dem negativen Aspekt der Kritik am Vergangenen zu schlagen, während der Jurist und Politologe Ernst Fraenkel sowohl nach der Seite der älteren historischen Bedingtheit der modernen Demokratie wie nach der Seite ihrer Bedeutung für die Gegenwart durch deren tiefere geschichtliche Voraussetzungen die ganze problematische Schwierigkeit zeitgeschichtlich-politologischer Arbeit besonders deutlich machte. Es war kein Zufall, daß das Echo auf diese Vorträge in Diskussion, Anteil des Publikums und Auseinandersetzung der Presse besonders lebhaft war. Die Reihe der drei Vorträge über Probleme des Nationalsozialismus von Trevor-Roper, Theodor Eschenburg und Helmut Krausnick hatte aber ebenfalls so markante Themen gewählt, daß die immer drohende Gefahr, die Problemdebatte vor einer breiten Öffentlichkeit zur Schaustellung herabsinken zu lassen, glücklich vermieden wurde.

Diese Gefahr verblaßte schon dank der Energie, mit der Trevor-Roper dem einleitenden Hitler-Thema durch seine Begrenzung auf die „Kriegsziele“ Hitlers schärfste Konzentration und eine herausfordernde Zuspitzung gab. Die These der von „Mein Kampf“ zum Angriff auf Rußland 1941 und zu dem Ende in der Reichskanzlei reichenden, konstanten Grundlinie der Ideen und Aktionen Hitlers war an sich nicht neu und ist durch die dokumentarische Arbeit des Münchener Institutes und der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte in den letzten Jahren ständig dichter unterbaut worden. Trevor-Roper führte das Problem auf seine einfachsten Grundlinien zurück, indem er sich ausschließlich auf die Selbstaussagen Hitlers in „Mein Kampf“, in den Rauschning-Gesprächen der Jahre 1930–32 und in den Tischgesprächen der Kriegsjahre stützte. Es wirkte besonders erregend, daß er diese Reihe durch die damals dem deutschen Hörer noch unbekanntesten Gespräche des Jahresanfangs 1945 ergänzte, die inzwischen wenigstens in französischer Sprache zugänglich geworden sind. Mit größter Schärfe wurde dadurch die Bedeutung von „Mein Kampf“ als im In- und Ausland lange zu Unrecht unterschätztes Leitmotiv profiliert; monolithischer und bewußter auch, als es bisher geschehen war, erschien die dynamische Einheit seiner ganzen verhängnisvollen Laufbahn. Trevor-Roper betonte, daß der Historiker Hitlers sich davor hüten müsse, Dynamik des handelnden Menschen und intellektuelle Beweglichkeit und Glätte zu verwechseln. Man mag die Terminologie nicht glücklich finden, mit der er bei Hitler eine „völlig durchkonstruierte politische Philosophie“ finden wollte; seine Warnung – auch gegen englische Historiker wie Lewis Namier, Alan Bullock, Hinsley und A. J. P. Taylor gerichtet –, daß man nicht von „moralischem Tiefstand“ auf „niedere Intelligenz“ schließen und Hitler deshalb etwas „so Positives wie Denkschärfe“ – in seiner Ebene –

und „zielbewußtes Handeln“ absprechen dürfe, ist jedoch berechtigt. Das Bild äußerster Geschlossenheit in der letzten, auf Eroberung des „Lebensraumes im Osten“ zielenden Grundidee Hitlers ist jedenfalls besser geeignet, die eine Epoche bis in das Innerste erschütternde Dynamik des Diktators begreiflich zu machen, als Interpretationen, die übersehen, daß in „Mein Kampf“ bereits eine „authentische Darstellung der wohlüberlegten und konkreten Kriegsziele“ enthalten ist, von denen er seit 1924 niemals abgegangen ist – oder zu denen er immer wieder zurückkehrte.

Was an diesem Vortrag zunächst reizte und auch zu Fehldeutungen geführt hat – so der Ablehnung eines großen Blattes gegen das „fatale Hitlerbild“ eines faszinierenden, aber vereinfachenden Historikers, dem daher mit greifbarem Mißverständnis unkritische Benutzung von Selbstaussagen Hitlers vorgehalten wurde –, war das bewußt wohl überbetonte Bild eines geradlinigen Weges, der alle konkurrierenden Überlegungen und Motive ignorierte. Typisch war der Protest gegen die Neigung, den Angriff auf Rußland als „größten Fehler“ Hitlers zu bezeichnen, während er doch das Kernstück und den Höhepunkt seiner Laufbahn – bis zu der Wahl des jede Verspätung ablehnenden Zeitpunktes – dargestellt habe. Hitlers Motivierung, daß er Rußland angreifen müsse, um über England zu siegen, erschien etwa bei Trevor-Roper nur als taktisches Argument, um bedenkliche Mitarbeiter leichter in die Bahn seiner „systematischen Politik“ hineinzuziehen. Er behauptet lapidar, „daß ihn weder England noch Frankreich interessieren“. So berechtigt es nun erscheint, wenn er Hitler weder als Schlafwandler noch bloßen Opportunisten gesehen wissen will, noch zulassen möchte, daß er nur mit der „Scheinkonsequenz eines destruktiven Nihilisten“ (Max Güde) gehandelt habe, so zweifelhaft bleibt, ob damit der vermutlich schrecklichste „Simplificateur“ des 20. Jahrhunderts nicht doch seinerseits vereinfacht wird. Die Phasen in Hitlers politischer Laufbahn werden damit so radikal zugunsten ihrer Einheit kassiert, daß fragwürdig bleiben muß, ob sich diese Formel durchgehend bewähren wird. Es ist natürlich eindrucksvoll genug, daß Trevor-Roper sich für Hitlers Zusammengehen mit Rußland im Stalinpakt von 1939 auf die Vorhersage der – wohl mit gutem Grunde positiv gewerteten – Rauschning-Gespräche beruft, in denen Hitler bereits einmal vorweggenommen hatte, daß ihn seine Bahn auch über die Zwischenstation eines vorübergehenden, rein taktischen Bündnisses mit dem bolschewistischen Rußland führen könne, er werde aber diese Wendung auf jeden Fall zurücknehmen, weil nur die Eroberung des Ostraumes „die Pforte zur dauernden Herrschaft über die Welt aufstoßen“ könne. Wenn also die These von der Geradlinigkeit seiner Kriegsziele modifizierbar oder zumindesten nuancierbar sein dürfte, wird der Kern, daß die Eroberung im Osten „der Traum seines Lebens, der Daseinszweck des Nationalsozialismus“ gewesen ist, sich doch behaupten können.

Fritz Fischer berührte in der Diskussion ein anderes Problem: die Gefahr, daß die monumentale Stilisierung des „Führers“ von der Frage der Verantwortung der Nation im ganzen und in ihren einzelnen Schichten ablenken könne und geeignet sei, die Untersuchung der Kräfte, die ihn vorbereitet und getragen hätten, zu

lähmen. Er berührte damit eine Frage – das Verhältnis Hitlers zu den Kräften der Nation, die er brauchte und sich erfolgreich dienstbar machte –, der Trevor-Roper allerdings nicht etwa ausgewichen war. Er hatte sie in der Formulierung des mündlichen Vortrages sogar scharf provozierend formuliert, wenn er eine historische „Herrenschicht“ Deutschlands, Adel, Großgrundbesitzer, Offiziere, Beamte und Wirtschaftsführer, zusammenfaßte und ihr in Bausch und Bogen vorwarf, dem Usurpator gefolgt zu sein, solange ihm der Erfolg treu blieb. Von einem ernsthaften Widerstand könne vor den im Winter 1941/42 beginnenden Rückschlägen in Rußland nicht die Rede sein. Damit forderte er sofort den Widerspruch heraus, daß diese soziologische Einheitskategorie trotz aller unleugbar vorhandenen Ansatzpunkte zu ihrer Bildung für das Deutschland des 20. Jahrhunderts, Weimarer Zeit wie Nationalsozialismus, doch eine schwere erträgliche Vereinfachung darstelle – ganz abgesehen von der schlichten Tatsachenfrage, ob man, die langsame Entfaltung des deutschen Widerstandes in vollem Umfange zugestanden, wirklich die Widerstandsversuche des Jahres 1938 und des Winters 1939/40 so großzügig kasieren kann, wie es mit dieser Formulierung geschieht.

Die in dieser Zeitschrift (Heft 2/1960) vorgelegte literarische Fassung hat denn auch diese These über die geschichtlich bedeutsame Unterstützung, die Hitler in den Spitzenschichten der ihn umgebenden deutschen Gesellschaft gefunden hat, verfeinert. Sie scheidet sehr sorgfältig zwischen der von ihm vertretenen „großen“ – weltgeschichtlichen – Revolution und den restaurativ-konservativen Kräften, die sich in seinen Dienst stellten, weil sie bis in die ersten Kriegsjahre hinein glaubten, durch ihn das Deutschland der Großmacht von 1914 in einer durch den Anschluß Österreichs und der Sudetendeutschen erweiterten Grenze wiederherstellen zu können. Die Anklage, daß sie Hitler durch Verkennung seiner Dynamik und Gewalttätigkeit, durch Schwäche, Selbsttäuschung, auch durch Anfälligkeit gegen „Bestechung“ Vorschub geleistet haben, wird sich so wenig widerlegen lassen, wie die Motivierung, daß hier das gesellschaftliche Interesse einflußreicher Gruppen – einer „Kaste“ im eigentlichen Sinne doch kaum – von ihm benutzt werden konnte. Auch die Beobachtung, daß diese Kreise noch 1938 vielfach geglaubt haben, Hitler in dem Rahmen ihrer „kleinen Politik“ festhalten zu können, stellt eine brauchbare Formulierung dar.

Für das tatsächliche Kräfteverhältnis zwischen Nationalsozialismus und Widerstand ist es leider auch zutreffend, daß diese ganze Gedankenwelt spätestens seit 1940 nur noch „akademisches Interesse“ besessen hat. Auch in der neuen Formulierung bleibt aber bestehen, daß der Prozeß allmählicher Bildung des Widerstandes und die Stufen seiner Äußerung doch wieder untragbar verkürzt werden, wenn sie durch die Bindung an ein chronologisches Datum, den Beginn der militärischen Rückschläge in Rußland, einfach mit der Reaktion auf Erfolg und Mißerfolg Hitlers verkoppelt werden. Dabei ist die Bedeutung der schon 1934 beginnenden, 1938 greifbaren Gewissensauflehnung ebenso übersehen, wie die parallel sich entfaltende Kritik an der Deutschland in das Verhängnis führenden Maßlosigkeit seiner ehrgeizigen Ziele. Die Zeugnisse des Jahres 1938 können nicht mit dem Argument der Erfolglosigkeit einfach gestrichen werden. Es bleibt gegen die ganze Geschichte

des deutschen Widerstandes auch eine übermäßige Vereinfachung, wenn hier eine einheitliche Masse des „konservativen“ und nur konservativen Widerstandes angesetzt wird. Das Bild der deutschen Geschichte, wie es sich im Auslande formt, hat immer wieder seine lehrreiche Bedeutung als eine zur Vorsicht und Selbstkritik mahnende Instanz für die deutsche Forschung. Diese kann ihm gegenüber aber doch auch mit gutem Grunde den Anspruch erheben, daß die Ereignisse der nationalsozialistischen Revolution, die Unterstützung, die sie gefunden hat, wie die Widerstände, die sie wachrief, ein erhebliches Maß von Vertrautheit mit den Bedingungen jeder politischen Regung unter dem totalitären Zwangsdruck verlangen. Was im Auslande leicht als unzulänglicher Rettungsversuch abgelehnt wird, kann so erscheinen und kann sicher auch in diesem Sinne mißbraucht werden. Aber diese Möglichkeit dispensiert die historische Forschung nicht von der Aufgabe, der Summe von Entwicklungen nachzugehen, deren innere Bedeutsamkeit nicht von dem äußeren Erfolg her entschieden werden kann, und eine sehr sorgfältige Analyse der Quellen im Einzelnen durchzuführen. Auch der Diplomat v. Hassell ist etwa als Botschafter in Rom nicht ausschließlich nur „Diener“ der nationalsozialistischen Politik gewesen, obwohl das allerdings eine nicht ganz einfache Interpretation seiner Berichte aus Rom verlangt. Es ist eine bestechend einfache Formel, wenn man von diesem Komplex des konservativen Widerstandes als dem „Alibi einer ganzen Gesellschaft“ spricht; nur ist leider zu befürchten, daß die hier zugrundeliegende Formel dem komplizierten Krisencharakter der lange vorbereiteten, seit 1933 aber in vollem Gange befindlichen revolutionären Auflösung vergangener Gesellschaftsformen in Deutschland nicht gerecht wird.

Stellte Trevor-Roper die in der Tat zentrale Persönlichkeit Hitlers in berechtigter Wendung gegen jede Unterschätzung ihrer historischen Sprengkraft in den Mittelpunkt, so führten Theodor Eschenburgs elastischer formulierte, aber von lebendiger und vielfach anschaulicher eigener Erinnerung getragene Betrachtungen über die „Bedeutung persönlicher Entscheidungen für die Krise der Weimarer Republik“ weiter in dieses Feld der Abwägung zwischen individuellen und allgemeinen Kräften der jüngeren deutschen Geschichte hinein. Sie berührten sich zum großen Teil mit jener Diskussion, die soeben durch Waldemar Bessons („Württemberg und die deutsche Staatskrise“, 1928–1933. Stuttgart 1959) Auseinandersetzung mit Karl Dietrich Brachers bekannter These über Machtverlust, Machtvakuum und Machtergreifung in der Auflösung der Weimarer Republik ausgelöst worden ist. Auch bei Eschenburg lag der Hauptakzent auf dem Problem der Regierung Brüning. Hatte Besson die These formuliert, daß sich das „Polygon“ der in der Geschichte handelnden Persönlichkeiten, Ebert, Stresemann, Hindenburg, Brüning, Groener und Schleicher, nicht unter dem Schema einer strukturellen Einheit erfassen lasse, so konzentrierte sich Eschenburg auf die sehr individuellen Eigenheiten und Schwächen der Hindenburg, Brüning, Groener und Schleicher, die dazu geführt haben, daß die letzte Einheit der Regierung, die sich trotz der Erschütterungen der Weltwirtschaftskrise noch bis Anfang 1932 behauptet hatte, zu Beginn dieses Schicksalsjahres in verhängnisvoller Weise zerbrach. Seine auf eigene Erinnerung ge-

stützten Ausführungen scheuten nicht vor sehr entschiedenen Urteilen zurück, so in der mitleidlosen Kritik, die dem politischen Soldaten Schleicher im Ringen um das SA-Verbot, dem Mann der förmlichen Insubordination gegen den langjährigen Vorgesetzten und väterlichen Freund Groener, nur die Begabung eines Durchschnittsparlamentariers, keineswegs höhere, echt politische Qualitäten zugestehen wollte. Fesselnd war auch die Charakteristik Hindenburgs, die die repräsentative Autorität des alten, kommandogewöhnten hohen Offiziers – mit eindrucksvoller Berufung auf das Verhältnis zwischen ihm und Brüning – wesentlich stärker betonte, als es sonst für diese Spätzeit meist zugestanden wird. Überzeugend wirkte auch der Hinweis auf die Bindung des alten Reichspräsidenten an seine Standesgenossen im preußischen Adel, die sich so gut auf eine „dichte Integration“ im gesellschaftlich-politischen Raum und auf den „Boykott“ gegen abweichende einzelgängerische Persönlichkeiten verstanden hätten: „Davor hatte der Alte eine wahnsinnige Angst.“ Auch das Bild Brünings, des „sachgerechten“ und sachkundigen Kanzlers, der aber im Grunde während der Krise seiner Entlassung zum Machtkampf mit der persönlichen Umgebung des Staatsoberhauptes gar nicht mehr gelangte, des typisch deutschen „unpolitischen Politikers“, dem über der Höhe seiner überparteilichen Staatsidee die Realität schließlich entglitt, faszinierte und ergänzte lebendig das bisherige Ergebnis der Diskussion über den letzten bedeutenden Verteidiger des Weimarer Staates, den „Brillanten“, den der intrigante Hasardeur Schleicher durch die „schlechte Glasimitation“ Papen ersetzen wollte.

Eschenburg hat ausdrücklich hervorgehoben, daß er mit der Frage nach der Bedeutung des persönlichen Faktors methodisch bewußt den Weg einer durch Isolierung akzentuierenden und klärenden Betrachtungsweise gehen wollte. Der Erfolg des Vortrages sprach sicherlich für ihn. Trotzdem mußte sich aber die Frage stellen, ob bei aller Bedeutung des Individuellen und der Einzelverursachung gerade in dem breiten Massenstrom der Revolutionen und Weltkriege des zwanzigsten Jahrhunderts nicht das Gewicht allgemeiner Ursachen und Kräfte dadurch zu weitgehend überschattet wird. Trägt nicht die bewußte Isolierung der Persönlichkeit und ihres Handelns die Gefahr in sich, zu verkennen, daß ihre historische Wirkung mindestens ebenso stark in ihrem Charakter als Repräsentanz allgemeiner Epochenkräfte wie in ihrer persönlichen Besonderheit begründet ist? Auf das Thema Eschenburgs angewendet: Wurde nicht Hindenburg 1925 der Nachfolger Eberts, weil der Feldherr des ersten Weltkrieges, der, seinem ersten Eid noch immer treu, im Grunde Diener der Monarchie geblieben war, bei der Wahl von 1925 jenen Brückenschlag zwischen deutscher Vergangenheit und Gegenwart versprach, der nach Inflation und Beginn einer aussichtsreichen Stabilisierung reif geworden zu sein schien? War der Hindenburg genehme Soldat Groener nicht nach dem Sturze von Seeckt und Gessler gerade der Reichswehrminister, von dem man eine mittlere Linie zwischen der Tradition des soldatischen Fachmannes und der Loyalität gegen die Republik, damit aber für die weitere Entwicklung eine Milderung der Spannungen zwischen der Reichswehr und den großen Parteien des Reichstages erhoffen konnte? Brüning wurde doch offensichtlich 1930 Kanzler nicht nur, weil ihn Schleicher vorschlug,

sondern weil dieser relativ rechts stehende Zentrumsführer greifbar jener Rechtsströmung der öffentlichen Meinung entsprach, die nach dem Fiasko der großen Koalition die Stunde bezeichnete. Und die erregende Laufbahn Schleichers ist doch nicht nur mit seiner Befähigung für Kleinarbeit hinter den Kulissen zu erklären, sondern hängt sehr ernsthaft damit zusammen, daß ein politischer Soldat in der Reichswehr, die sich als „Staat im Staate“ abkapselte und doch in der modernen Demokratie den Kontakt mit der Politik so notwendig brauchte wie das tägliche Brot, zumindest Seltenheitswert besaß. Eschenburg hat dieses Problem der Wechselwirkung von individuellen und allgemeinen Tendenzen bewußt ausgeklammert, aber auch sein Vortrag führte immer wieder auf diese unvermeidlichen Fragestellungen hin, ohne die sich eine befriedigende Lösung für das Problem der Tragweite des Individuellen in der modernen Geschichte doch wohl unmöglich finden läßt.

Auch der den Kongreß abschließende Vortrag Helmut Krausnicks über die „Stationen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems am Beispiel des Heeresproblems“ wollte letzten Endes als Beitrag zu der gesamten Problematik des Totalitarismus gewertet werden. Er wandte sich daher nicht nur gegen das Mißverständnis, der soldatische Mensch sei als „besonders bildungswirksame Typenvorstellung der deutschen Männlichkeit“ mit Recht vom Nationalsozialismus in Anspruch genommen worden. An den von ihm behandelten Stationen des Röhm-Putsches, der Fritsch-Krise und der nationalsozialistischen Überwältigung des Offizierskorps im zweiten Weltkrieg konnte er vielmehr zeigen, wie Roland Freislers berühmter Satz, Nationalsozialismus und Christentum hätten insofern etwas Gemeinsames, als beide den ganzen Menschen beanspruchten, schließlich sein programmatisches Gegenstück in der Formel der Parteikanzlei von 1944 erhielt, welche die Wehrmacht zur bloßen „Funktionsträgerin der Partei“ degradierte, also auch dem Soldaten die Zumutung völliger Ausschaltung seines Gewissens nicht ersparte. Die im 20. Juli sichtbar gewordenen moralischen Energien und die innere Substanz der echten Soldaten hätten jedoch den Totalitätsanspruch der „pseudosoldatischen Partei“ zurückgewiesen und als „widernatürlich“ entlarvt. Krausnick hat die einzelnen Abschnitte dieser Entwicklung, ihre Anfänge vor allem, in der „Vollmacht des Gewissens“ (1956, S. 175ff.) bereits so eingehend behandelt, daß stofflich Neues von ihm nur begrenzt zu erwarten war. Der Akzent seiner Ausführungen lag in der sorgfältig zisierten Bewertung der Vorgänge, in der Kritik an der „Favoritenrolle“, mit der sich die Wehrmacht durch das trügerische Angebot der „zwei Säulen“ des Staates verlocken ließ, in der eingehenden Behandlung der Diskussion zwischen Hitler und Röhm vor dem 30. Juni 1934, in der erneuten Betonung der Grenzen des „unpolitischen Soldaten“ Fritsch, der glaubte, der Problematik einer Revolution mit dem Verbot des „weltanschaulichen Kampfes innerhalb der Truppe“ Herr werden zu können. Aber auch die Entwicklung der Kriegsjahre fesselte dadurch, daß die Darstellung der Katastrophe, in der die Partei über die „Freimaurerloge“ des alten Offizierskorps endgültig siegte, immer wieder Bekanntes durch neue Einzelzüge lebendig zu machen verstand. Es war der am wenigsten diskutierte, aber doch ein wesentlicher Beitrag zum Ganzen der Tagung.

Die dreifache Rechenschaftslegung über Aufstieg (Eschenburg) und Laufbahn (Trevor-Roper, Krausnick) des Nationalsozialismus wurde streng in den Grenzen der Zeitgeschichte als einer historischen Disziplin durchgeführt, obwohl die Diskussion bereits darüber hinaus die Fragen der Auswertung ihrer Ergebnisse – vor allem nach der schon damals oft angegriffenen und scharf beurteilten schulpädagogischen Seite – berührte. Die beiden Referate der „Nichthistoriker“ im engeren Sinne machten dagegen sehr deutlich, daß sich die Arbeit der Zeitgeschichte heute der Verflechtung mit Soziologie und Wissenschaft von der Politik nicht entziehen kann, will sie nicht selbst einen überragend großen Teil des Kapitals von Interesse auf das Spiel setzen, das sie heute erweckt; sie kann sich ihr aber vor allem auch deshalb nicht entziehen, weil für sie das Ergebnis der Historismus-Debatte, die Unvermeidlichkeit des Ausganges historischer Fragestellungen vom gegenwärtigen Orientierungsort des lebendig fragenden Historikers mit besonderer Stärke gilt, wie dies schon in der Diskussion zwischen Trevor-Roper und den deutschen Teilnehmern der Tagung wieder unverkennbar deutlich geworden war. Nicht die Ausschaltung dieses Gesichtspunktes, sondern nur eine disziplinierte Nachprüfung dessen, wofür die Geschichte methodisch zuständig ist und wofür nicht, wird die Richtung der Antwort auf diese schwierige Frage bestimmen können.

Raymond Aron, der Verfasser des „Permanenten Krieges“ von 1953, siedelte sich ebenfalls vom ersten Worte eines auf große Linien reduzierten Vortrages über den „Zerfall der Demokratie zwischen den Kriegen und seine Lehren“ für die ganz unmittelbare Gegenwart auf dem umstrittenen Bereich einer esprimerfüllten Gegenwartsanalyse an. Sie wollte seine Hörer mit suggestiv einfachen Grundlinien und gewinnendem Optimismus überzeugen, daß die Demokratie der Gegenwart ihre Aufgabe sehr viel besser, jedenfalls wesentlich erfolgreicher erfülle, als die gescheiterte Generation von 1914–1939. 1919 der Beginn mit einem illusionären Glauben an den Endsieg von Demokratie und allgemeinem Frieden, 1945 Aufnahme der Arbeit voll Skepsis und Bedenken gegen die Leistungsfähigkeit des parlamentarischen Systems der freiheitlichen Demokratie, um seit 1948 unter dem Druck der Ost-West-Spannung in eine zwar durch die Gefahr erzwungene, aber höchst erfolgreiche Stabilisierung einzutreten.

Auch die Aussicht auf Dauer der Prosperity und gezielte Vermeidung neuer weltwirtschaftlicher Krisen wurde mit einem im Augenblick faszinierenden Selbstbewußtsein unterstrichen. Das geschichtliche Bild der Zwischenkriegszeit wurde im Rahmen dieses Kontrastes allerdings nur in sehr großen Zügen umrissen. Entscheidend war, daß Aron – nicht ohne Kritik an dem gleichzeitig zu harten und zu milden Frieden von 1919 – als bestimmende Ursache des binnen 15 Jahren deutlichen Fiascos der Demokratie nach 1919 beherrschende große Allgeimeinkräfte, eine universale, vornehmlich am deutschen Beispiel erörterte Krise von Wirtschaft, Diplomatie und Verfassung ansetzte, der gegenüber der Historiker verstehen und nicht urteilen müsse. Er sei nicht Untersuchungsrichter, der Staatsmänner zu verurteilen habe, die die von ihnen geführten Gruppen nicht zu meistern vermochten. In deutlichem Gegensatz zu der bisher so oft betonten Bedeutung der Persönlichkeit

in der Zwischenkriegskrise erschien hier also auch der Mißerfolg des Weimarer Staates als „klassisches Beispiel für den Zerfall eines demokratischen Regimes“ durch das Versagen eines Parteiensystems, das je länger, je mehr dem Druck der extremen Flügel von rechts und links nicht mehr gewachsen war. Die Unentbehrlichkeit des gemeinsamen Bodens in der Demokratie wurde knapp auch am Faschismus – siegreich durch die Anarchie der Parteien – und am Beispiel der national heterogenen Staaten Osteuropas beleuchtet. Indem das Versagen des Parteiensystems vor der Aufgabe echter Kompromisse – *donner et retenir ne vaut* – den Abschluß dieser Kritik bildete, wurde bereits die Motivrichtung des Fraenkelschen Referates deutlich.

Die Einwände und Bedenken gegen die demokratische Gegenwart traten im Grunde hinter der Zuversicht zurück, mit der hier Not und Zwang der Weltlage als bisher solide, zuverlässige Gegenkräfte gefeiert wurden. Das galt vor allem für Deutschland nach der Disqualifizierung der extremen Rechten durch den Nationalsozialismus und nach der Bloßstellung der kommunistischen Linken durch ihre Bindung an das siegreiche Rußland Stalins. „Die Demokratie wurde von sich aus legitim, da kein anderes Regime zur Wahl stand.“ Sehr bezeichnend war nur die leise Warnung des Westeuropäers, daß diese erfolgreiche Konsolidation der westlichen Demokratie von deutscher Seite eigentlich nur durch den „legitimen, aber blinden Wunsch, Deutschland um jeden Preis, selbst um denjenigen der Freiheit, zu vereinigen“, gefährdet werden könne.

In der Diskussion wurde diese leise Sorge über die Festigkeit der deutschen Orientierung allerdings nicht beachtet, weil alle Aufmerksamkeit durch die eindrucksvolle Entschiedenheit gefesselt war, mit der R. Aron – im November 1959 eine noch etwas schwierigere Aufgabe als heute – der naheliegenden Frage entgegentrat, wie der Gaullismus in Frankreich, die weitgehende Liquidation des Parlamentes nach einem nur allzusehr an das Beispiel von Weimar erinnernden Versagen, und auch die Schwierigkeiten des neuen Regimes in Algier mit dieser Zuversicht zu vereinigen seien, daß die Demokratie nach dem zweiten Weltkrieg auf sehr viel festerem Boden als nach dem ersten Weltkrieg stehe. Die Konsequenz und Zuversicht, mit der der Redner geltend machte, daß das seit 1789 historisch gefestigte Fundament der Republikanischen Idee in Frankreich eine völlig andere Voraussetzung darstelle, als sie das Weimarer Deutschland von 1933 besessen habe, daß die Reform der Verfassung alle entscheidenden Freiheiten verschont habe, daß zwar die Parteien erniedrigt wurden, aber im Grundsatz „ein fast einwandfreier Liberalismus“ gerettet sei, daß schließlich Frankreich mit de Gaulle anders als Deutschland in Hitler – „alles hängt von der Person des Retters ab“ – die „Person des charismatischen Führers“ gefunden habe, wirkte zum Teil ebenso überraschend wie bestechend. Wie kann man dem Esprit des Franzosen grollen, der erklärt: „Wir Franzosen haben allen Grund, uns zu beglückwünschen zu demjenigen, den uns die List der Vernunft – Hegel als Advokat für de Gaulle – geschenkt hat.“ Bei allem provozierendem Charakter dieses Feuerwerkes blieb doch zum Schluß auch der ernste Unterton mit der Frage, ob Europa und die westliche Welt den vom

Kalten Kriege bereitgestellten „Zement der Angst“ wirklich bei der Lösung seiner schweren Aufgabe, die Einheit in Freiheit zu retten, entbehren könne.

Wenn in diesem Beitrag die Liebenswürdigkeit des Geistes auch die kritische Gegenfrage immer wieder bestach, so gehörten Ernst Fraenkels Ausführungen über „Historische Vorbelastungen des deutschen Parlamentarismus“ ebenfalls ganz in den Bereich, der die Wissenschaft von der Politik unmittelbar mit Kritik und Korrektur einer – in diesem Falle mangelhaften – Gegenwart verbindet. Im Hintergrund seines Themas stand jene permanente Malaise, die in Deutschland die konkrete Arbeit des Parlaments und der Parteien in der pluralistischen Massendemokratie der Gegenwart belastet. Die Energie, mit der er eine Lösung erstrebt, erinnerte an seinen Beitrag über: die Repräsentative und die Plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat (Recht und Staat, Heft 219/220; Tübingen 1958), der von einem anderen Ausgangspunkt her ebenso, wie es hier geschah, bereits die Frage aufwarf, ob eine unzureichende und nicht genügend stichhaltige Idealisierung von Staat und Demokratie in Deutschland nicht einen wesentlichen Grund ihrer so weit verbreiteten Anzweiflung darstelle. Kein Zweifel, daß, wie Max Güde in der Diskussion sofort erklärte, die Gedankengänge des Vortrages mit einer bewußt schockierenden Schärfe vorgetragen und „didaktisch überspitzt“ formuliert waren. Die „klassische“ Forderung des deutschen historischen Denkens, historische Phänomene zunächst aus sich heraus und dadurch weitgehend bejahend zu erforschen und zu interpretieren, wurde allerdings durch diesen Vortrag sehr fühlbar herausgefordert, der aus der Vorgeschichte der englischen und französischen Demokratie Maßstäbe zur Kritik an Werdegang und Ergebnis des parlamentarischen Systems in Deutschland gewinnen wollte. Er gelangte auf diesem Wege zu einer sehr energischen Wendung gegen wichtige Elemente von Staatsidee und Ideen des modernen Parlamentarismus in Deutschland.

Sicherlich waren dabei im einzelnen Punkte vorhanden, die noch sehr der Untersuchung bedürfen. So groß die Tradition und auch die Leistung des Parlamentes in England ist, bleibt doch zweifelhaft, ob nicht selbst hier die positive Bedeutung der „Korruption“ als Vorschule des echten Kompromisses allzu herausfordernd angemeldet wurde. Wenn die Grundidee des Ganzen die Kontrastierung der auf Nüchternheit und Kompromiß des sachlichen Interessenausgleichs abgestellten Parlamentsarbeit Englands mit der auf dem anspruchsvollen, aber übersteigerten Begriff der Repräsentation des souveränen Volkes als Ausdruck eines fiktiven Gemeinwohles abgestellten kontinentalen Parlamentes war, bleibt zweifelhaft, ob die parlamentarische Korruption des Bürgerkönigtums in Frankreich wirklich so positiv gewirkt hat, wie es in dieser knappen Skizze angedeutet wurde. Die bis in die Gegenwart reichende, ungelöste Problematik von Parlament und Parteien in Frankreich scheint doch darauf hinzudeuten, daß die Formulierungen Fraenkels durch ihre Zuspitzung zwar an Schlagkraft gewannen, aber für den Historiker erst nach erheblicher Differenzierung volle Brauchbarkeit als Arbeitsinstrument gewinnen werden.

Aber es scheint mir doch, daß die Hinweise des juristisch gebildeten Verfassungshistorikers auf sehr wichtige Bereiche des deutschen Verfassungslebens seit Bismarck

nicht übersehen werden sollten: die Bedeutung des korruptionsfreien, sachgebundenen Beamtentums, die schädliche Wirkung der Absperrung des Reichstages von der Exekutive und von der intensiven Kontrolle der Exekutive, die Bedeutung der Tatsache, daß durch die Richtbegriffe der Staatshoheit und des theoretisch idealisierten Allgemeinwohls sehr bedenkliche Belastungen der deutschen Entwicklung entstanden sind. Dies alles scheint mir auch für den Historiker sehr fruchtbare Anregungen zu enthalten und das Stichwort für bedeutende konkrete Arbeit geben zu können. Jener Schlußsatz Fraenkels, der davon sprach, wie schön Politik in vergangenen Zeiten gewesen sei, „weil wir wirklich geglaubt haben, daß Prinzipien die Welt regieren“, nahm seinem Ruf nach einer realistisch-pragmatischen Haltung zur Politik, seinem temperamentvollen Eintreten für offene Interessenparteien und zugestandenem Fraktionszwang, seiner Forderung „den Volksbegriff zu entmythologisieren und den Staatsbegriff zu entmystifizieren“, im Grunde doch viel von dem Befremdenden, mit dem er zuerst auf viele Hörer wirkte.

Es läßt sich auch nicht leugnen, daß sein Ausgangspunkt von der auch in der Theorie bei Burke, Balfour, Barker und L. S. Amery „empirischen Grundhaltung“ Englands zur Politik eine noch immer sehr heilsame Mahnung bedeutet; gerade der deutsche Historiker kann diese vergleichende Politologie doch vielfach auch sehr gut gebrauchen, um sich von traditionellen Bindungen zu befreien, die gar nicht einmal ausschließlich auf dem Boden der historischen Arbeit erwachsen sind, sondern sich ihr auch von Nachbardisziplinen her mitteilen, deren Einfluß der Entwicklung seiner eigenen Methoden und Fragestellungen nicht immer nur zugutegekommen sind.

Wenn Fraenkel schließlich seine ganzen Ausführungen unter die sehr umfassende These einer mißglückten Kopie des englischen Vorbildes auf dem Kontinent, besonders in Deutschland, stellte, und den Individualismus der Historiker noch übersteigernd, von der englischen Verfassung als einem „Zufallsprodukt“ der englischen Geschichte sprach, so hat er sichtlich eine funkelnde Paradoxie als Mittel der belehrenden Aufklärung gebraucht, die als solche nicht zu buchstabenstreng genommen werden sollte. Es konnte gewiß nicht sein Ziel sein, ein deutsches Publikum vom Nutzen der Korruption zu überzeugen, wie es übertreibend war, in dem Reichstag der Bismarckschen Verfassung nur einen „ideologischen Diskutierklub“ erblicken zu wollen. Aber der Ernst, mit dem hier die Folgerungen aus dem Pluralismus der modernen Demokratie gezogen wurden, und der Hinweis, daß diese Fragen nicht nur auf dem Boden nationalstaatlicher Geschichtsarbeit, sondern nur in entschlossener Einbeziehung universalgeschichtlicher Fragestellung gelöst werden können, die Mahnung, daß Verfassungsleben und Verfassungsgeschichte nicht ohne energische Auseinandersetzung mit ihrer soziologischen und wirtschaftlichen Grundlage zu verstehen sind, stellten in diesem Vortrage eine entschiedene Bereicherung der Tagung dar.

Sie hat deutlich gemacht, daß die Zeitgeschichte auf deutschem Boden, man möchte sagen zum Glück, noch weit entfernt von einer Fixierung ihrer Grenzen und Methoden ist. Selbst ihr zunächst und relativ am dichtesten bestelltes Arbeits-

gebiet befindet sich durchaus noch in der Phase eines Aufbaues, in dem aber nach den ersten Anstrengungen die Ergebnisse heute schneller hervorzutreten beginnen, als es in den mühsamen Anfängen der Fall war. Man sollte sie auch nicht auf gewiß sehr wichtige Teilbereiche, wie die so oft hervorgehobene Aufgabe der „moralischen Selbstreinigung“ beschränken wollen, die nach der Klage der Süddeutschen Zeitung (8. XII.) auf der Münchener Tagung schließlich doch ausgeblieben sei. Selbst ihre Wirkung als „Zwangsfach Zeitgeschichte“ im Unterricht wird letzten Endes davon abhängen, daß sie wirklich den ganzen ihr zukommenden Bereich der mit den Mitteln des Historikers angestrebten Orientierung des Menschen vor der Aufgabe von Gegenwart und Zukunft ausfüllt. Der Münchener Kongreß war jedenfalls ein Beispiel, daß der etwas unorthodoxe Appell an den Anteil breiterer Schichten schon heute nicht mehr an einer Verengung der Diskussion auf ein begrenztes Arbeitsfeld scheitert.

 MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. H. G. Adler, Publizist, London W 2, 35 A, Linden Gardens.

Dr. Martin Broszat, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München, München 27, Möhlstraße 26.

Dr. Hans Herzfeld, Professor für neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin, Berlin-Zehlendorf, Quermatenweg 2

Dr. Gotthard Jasper, Tübingen, Hölderlinstraße 25

Peter Graf Kielmansegg, stud. jur., Koblenz-Pfaffendorf, Wilhelm-Leuschnerstraße 21.

Dr. Ekkehart Krippendorf, Ratingen, In den Birken 16.

Dr. Hans Roos, Mitarbeiter des Instituts für osteuropäische Geschichte und Landeskunde der Univ. Tübingen, Wilhelmstraße 36.

Walter Stubbe, Legationsrat im Auswärtigen Amt, Bonn, Garréstraße 27.